

Hamburgr Echo.

Das „Hamburgr Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementpreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Beleggeld monatlich 1.20, vierteljährlich 3.60; durch die Postbezugsstelle wöchentlich 30 A frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 A. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 A.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabergh in Hamburg.

Mittwoch, den 20. Dezember 1905.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum mit 20 A. berechnet.
für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 A. berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends).
In den Filialen (bis 3 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.
Redaktion und Expedition: Reichenstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen:

Elb-St. Pauli bei Carl Lemengow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langensfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmsweg 51, Eppendorf. Varnbeck, Uhlenhorst bei Theodor Peterreit, Bachstr. 12, Varnbeck. St. Georg, Hohensfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfeldstr. 140, Ottensen.

Pierzu eine Beilage.

Die Klassenstaatliche Gesellschaft und die Tuberkulose-Bekämpfung.

Eine der schlimmsten Geiseln der modernen Kulturwelt ist die Tuberkulose. Diese Krankheit ist eine Volkspeste in der Welt, die schrecklichen Bedeutung, deren Furchtbarkeit man lange verkannt und unterschätzt hat. Grauenhaft sind die Verwüstungen, die sie anrichtet, und zwar hauptsächlich in den arbeitenden Klassen. Hier hat sie ihr eigentliches Herrschaftsgebiet, weshalb man sie ganz zurecht auch „Proletariatskrankheit“ genannt hat. Wenn plötzlich auftretende Seuchen, Cholera, Pocken etc., alle ärztlichen, hygienischen und staatlichen Mächte zu angestrengtester Abwehr herausfordern, in kurzer Zeit Tausende von Menschen dahinschaffen, ergreift Schrecken die zivilisierten Völker. Gegen die weit schlimmeren Verwüstungen jedoch, die die Tuberkulose nicht periodisch, sondern permanent anrichtet, haben dieselben Völker bis in die neueste Zeit eine unerhörte Gleichgültigkeit betundet. Erst in den letzten Jahrzehnten hat ein neuer Aufschwung der medizinischen Wissenschaft in Verbindung mit der Entwicklung der soziologischen Wissenschaft die öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses Unheil gelenkt. Man fing an, die schreckliche Tatsache zu würdigen, daß in den Staaten der modernen Kultur durchschnittlich jeder siebte Todesfall auf Rechnung der Tuberkulose kommt. Die amtliche Statistik gibt uns genaue Aufschlüsse über Verbreitung und Umfang der Seuche. Es ist festgelegt, daß in Deutschland etwa 33 1/2 pzt. der Arbeiterbevölkerung an der Schwindsucht zu Grunde geht, besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in den Großstädten. Wo eine starke industrielle Bevölkerung vorhanden ist, schnell die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht hinauf bis zu 40, ja 50 pzt. unter den Arbeitern. Und sie raft den Arbeiter in der Blüte der Jahre, im Lebensalter von 20 bis 40 Jahren nach langsamem Niedergang. Darüber besteht sehr erschreckend und eindringlich die Krankheitsversicherung, sowie auch die Invaliditätsversicherung, Statistik. Auf dem im Jahre 1899 in Berlin abgehaltenen Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose konstatierte der Direktor der Kaiserlichen Invaliditätsversicherung, anhalt, Herr Gebhard-Milob, daß die Verbreitung der Lungenschwindsucht in den der Versicherungspflicht auf Grund der sozialen Gesetzgebung des Deutschen Reiches unterworfenen Bevölkerungsteilen weit die durchschnittliche Verbreitung der Krankheit in der Gesamtbevölkerung übersteigt. Von 1892 bis 1905 wurden von 161 000 Invalidenrenten bei Männern 16 800 durch Tuberkulose und 28 000 wegen sonstiger Erkrankungen der Lunge bewilligt. Seitdem ist der Anteil der Tuberkulose an den Invaliditätsursachen noch viel stärker hervorgetreten. Die Gesamtzahl der Fälle, in denen wegen Tuberkulose Invalidenrente bewilligt werden mußte, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Von allen männlichen Arbeitern, die bis zum 30. Jahre invalid werden, leidet mehr als die Hälfte, in manchen Bezirken 60 bis 70 pzt. an der Tuberkulose.

Die Würdigung dieser Tatsachen unter dem Gesichtspunkt volkswirtschaftlicher Interessen und der Humanität hat dazu geführt, daß man die Bekämpfung der Tuberkulose in Angriff genommen hat. Wie weit ist man darin bis jetzt gekommen? Leider noch nicht über die Anfangs hinaus. Man hat alle möglichen Maßnahmen zwar gründlich diskutiert; man ist sich in wissenschaftlichen Kreisen klar, wie über die Ursachen der Seuche, so auch über die Mittel zu ihrer Überwindung. Aber mit ihrer Anwendung ist es noch sehr weit bestellt. Energie, gründliche, umfassende, erfolgreiche Bekämpfung erfordert Geld, und zwar sehr viel Geld. Daran fehlt es! Das wesentlichste, was sie jetzt geleistet worden ist, haben wir in der Heilstätten- und Erholungsstättenpflege zu sehen. Man macht darüber sehr viel Mißbrauch. Wir bestreiten gewiß nicht den Wert dieser Einrichtungen, können jedoch nicht zugeben, daß damit sonderlich viel oder alles getan sei. Gegenüber dem Charakter und dem Umfang der Seuche vermag sie nicht viel, zumal von wirklicher Heilung nur in seltenen Fällen die Rede sein kann. Es muß viel, sehr viel mehr und anderes geschehen, soll das Unheil, das der modernen Kultur zur Schmach gereicht, ausgerottet werden.

Woher die Mittel nehmen? „Die Aufbringung der Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose macht Schwierigkeiten.“ Diese Klage hat in der letzten Sitzung des internationalen Zentralbureaus für Tuberkulose-Bekämpfung der Göttinger Nationalökonom Professor Veris erhoben. Sie klingt wie ein grausenhafter Schrei auf unser kulturstaatliches Wesen. Man hat Millionen und Milliarden für stehendes Heer, Flotte, Weltmachtspolitik; man wendet in Form von „Schutzgöllen“ und Liebesgaben den Agraren ungeheure und völlig unverständliche Summen des Volkes zu; man opfert Millionen der Arbeiter und für organisierte Beihilfen zur Erhaltung und Verberückung fürstlicher Personen; man läßt in den Straßen der sogenannten „besten und besten Gesellschaft“ nicht selten eine entsetzlich frivole Verschwendung — aber für die Bekämpfung der massenhaften Volkspeste fehlt es an Geld!

Rüstet zum Wahlrechtskampf! Nieder mit dem Klassenwahlrecht!

Heraus mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht!

So ertönt es jetzt überall aus den Massen des arbeitenden Volkes. In Rußland bricht das Morgenrot einer neuen Zeit an, in Oesterreich und Ungarn steht das Volk im Kampfe um das Wahlrecht, in Sachsen ebenfalls. In Preußen rüstet sich das Proletariat, um gegen das Dreiklassenwahlrecht Front zu machen und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu fordern.

Und angesichts dieser Situation wagen es die herrschenden Klassen Hamburgs, die arbeitende Bevölkerung mit einem Klassenwahlrecht politisch degradieren zu wollen.

Das ist ein unerhörtes Attentat auf die winzigen Rechte des Volkes, das einmütig mit Entrüstung zurückgewiesen werden muß. Nicht Einschränkung, sondern Ausdehnung der Rechte des arbeitenden Volkes verlangt unsere Zeit.

Wohlan denn! Rüstet Euch zum Kampfe gegen die Reaktion, gegen die Autokratie des Geldsacks! Dem Streben der Wahlrechtsräuber nach Verewigung ihrer Alleinherrschaft und Sonderinteressenwirtschaft setzen wir die Forderung entgegen:

Her mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für alle großjährigen Staatsangehörigen!

Tork mit den Geldsacksprivilegien! Seid auf der Wacht! Wahrt Eure Rechte!

Wenn in kommenden Zeiten der Gesellschaftsreformer unsere „herliche Kultur“ zu schänden hat, wird er diesen charakteristischen Umstand gewiß nicht vergessen.

Veris meint auch, daß es mit den Heil- und Erholungsstätten allein nicht getan sei; es gelte, die allgemeine Hygiene, vor allem das Wohnungs- und Lebenswesen aufzubessern. Doch: woher das Geld nehmen? Er ist auf den Gedanken verfallen, man solle zu Gunsten der Gemeinden und größeren Kommunalverbände eine „Zwecksteuer für Tuberkulose-Bekämpfung“ einführen, und äußert sich darüber wie folgt:

„Es handelt sich um die Einführung neuer, der Tuberkulosebekämpfung dienender Einnahmequellen für die Gemeinden oder größeren Kommunalverbände und für private Vereinigungen, deren gemeinschaftlicher Charakter vom Staat anerkannt ist. Für die Gemeinden und die größeren Selbstverwaltungskörperschaften können als regelmäßige neue Einnahmequellen nur Steuern in irgend einer Form in Betracht kommen, denn wenn auch Erhebungen, Gebühren und Vermächtnisse sehr wirksame Zwecke zu verfolgen sind, so liefern sie doch nur gelegentliche und zufällige Einnahmen, mit denen man sich nicht rechnen kann, wenn man sie wirklich erhalten hat. Wenn aber Gemeindefürsorge zur Bekämpfung der Tuberkulose verwendet werden sollen, so empfiehlt es sich, die allgemeine Steuerlast in Anbetracht zu nehmen, sondern besondere Steuern und Zuschläge oder Zuzüge zu schaffen, die ausbräutlich und ausschließlich für die Tuberkulose-Bekämpfung bestimmt, von dem allgemeinen Gemeindefürsorge als unabhängig sind. Es wäre dies also eine sogenannte Zwecksteuer, eine Steuerart, die allerdings vom Grundbesitz der neuen Finanzverwaltung im allgemeinen verworfen wird, und auch mit Recht, wenn es sich darum handelt, sie in großem Umfang zur Anwendung zu bringen und dadurch die Einseitigkeit des Budgets aufzulösen. Aber wenn eine Zwecksteuer nur zur Deckung eines verhältnismäßig kleinen Ausgabebedarfs bestimmt ist, so fallen die theoretischen und prinzipiellen Bedenken nicht mehr ins Gewicht, und es kommt dann nur in Frage, ob diese Steuerart in anderer Beziehung besondere Vorteile bietet. Dies ist aber gerade bei einer Zwecksteuer zur Bekämpfung der Tuberkulose ganz unzweifelhaft der Fall. Sie mehr das große Publikum darüber aufklären und belehren, daß die Tuberkulose ein festes Unheil, eine alle bedrohende Gefahr bildet, daß jeder nicht nur ein eigenes Interesse, sondern eine gewisse moralische Verpflichtung hat, für seinen Teil bei ihrer Bekämpfung mitzuwirken, um so mehr wird jeder auch als Steuerzahler bereit sein, einen Beitrag für diesen besonderen wichtigen Zweck zu leisten. Sie bestimmt und ausbräutlich dieser Zweck der Steuer bei ihrer Veranlassung einen jeden in Gedanken gewiesen wird, um so wirksamer wird sie auch dann wirken, das Publikum an die Gefahr und die zu erfüllende Aufgabe immer von neuem zu erinnern.“

Der Gedanke an sich erscheint uns diskutabel unter der Voraussetzung, daß es sich um eine regelrechte Sondersteuer, progressiv gelegt auf Einkommen und Erträge, handelt, so daß die herrschenden Klassen einen, wenn auch nur kleinen Teil der ungeheuren Schuld, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Klassenherrschaft für Ent-

stehung und Ausbreitung der Volkspeste beigemessen werden muß, abtragen können. An Beispielen von Zwecksteuern sowohl im Haushalt der Staaten wie der Gemeinden für kulturelle Unternehmungen fehlt es nicht. So werden in Frankreich Zuschlagsprocente für die Binalwege und für das Volksschulwesen erhoben. Mehrere preussische Kreise haben auch direkte Steuern im Interesse der Tuberkulose-Heilstätten bewilligt, nämlich einen, oder neuerdings zwei Pfennige auf den Kopf der Bevölkerung.

Veris meint nun auch, vom finanziellen Standpunkt sei der Anschluß der wirtschaftlichen Anti-Tuberkulosesteuer an bestehende direkte Steuern ohne Zweifel empfehlenswert, da sich dieses Verfahren durch Einfachheit auszeichne und keine besonderen Kosten verursache. Aber er hält sich nicht an diese Meinung, indem er geltend macht, diese Praxis ziehe „weniger die Aufmerksamkeit des Publikums auf den verfolgten Zweck“, weshalb es richtiger sei, eine andere Form zu wählen, für die Frankreich das Beispiel gegeben hat. In Paris wird von den Theatern und Konzerten ein etwa 3 1/2 Millionen frs. jährlich einbringende Abgabe für die Armenverwaltung erhoben. Ferner besteht dort eine Taxe auf die Reinkarten, deren Ertrag zum Teil der öffentlichen Gesundheitspflege zugunsten.

In Deutschland haben mehrere Städte ebenfalls eine Theater- und Lustbarkeitssteuer eingeführt, aber nicht als Zwecksteuer, sondern als allgemeine Gemeindefürsorge. Und Professor Schanz in Würzburg hat für die Länder mit bürgerlicher Regierung eine kleine Abgabe von jeder Geschäftsliegung auf dem Standesamt vorgeschlagen. Veris schlägt vor, beratliche Steuern zum Zwecke der Tuberkulose-Bekämpfung allgemein in Deutschland einzuführen.

Mit diesem Vorschlag können wir uns, so gut und anerkennenswert der Zweck auch ist, nicht einverstanden erklären. Es lassen sich dagegen gar wichtige Bedenken erheben. Wir vertreten den Grundsatz, daß so wichtige Aufgaben, wie die Tuberkulose-Bekämpfung, auch nicht kleinsten Teiles abhängig gemacht werden sollen von Steuern solcher Art. Denn dieses System kann doch nur die Wirkung haben, das öffentliche Gewissen abzulenken von der ungeheuren Bedeutung der Aufgabe. Es will nichts besagen, daß das Wort „Tuberkulose-Bekämpfung“ „Abgabe“ die Erinnerung an das Unheil „wunderhalten“ soll. Einmal trifft das nicht zu; die Gewöhnung an das Wort schwächt ab. Wenn das aber auch nicht der Fall, so würde dieses System doch der Entwicklung einer kräftigen, einheitlichen Initiative in Reich, Staat und Kommune nur hinderlich sein. Ausreichende Mittel müssen nach Möglichkeit eines wohlwollenden, festen Programms beschafft werden, eines Programms, das alle in Betracht kommenden Maßnahmen umfaßt, besonders

auch die reichsgefällig zu regelnde Pflicht der Wohnungsfürsorge. Soll damit ernst gemacht werden, so handelt es sich um vorweg unerschöpfbare Summen, jedenfalls um viele Hunderte von Millionen, die sich auf Reich, Staat und Gemeinde verteilen.

Es würde gar keiner Sondersteuer bedürfen, wenn man sich entschließen wollte, die fortgesetzt dem Moloch Militarismus, der Flotte, der Kolonialpolitik, den Agrariern etc. gebrachten, sich auf Milliarden beziehenden Opfer energig einzuschränken. Was hätte sich z. B. mit den seit zwanzig Jahren zum Unheil des Reiches für die Kolonialpolitik verschwunden nahezu 800 Millionen Mark, sowie mit den seit 1887 an die Fiskus- und gezahlten weit über 600 Millionen Mark „Liebesgaben“ für die Zwecke der Volksgesundheitspflege erreichen lassen? Das wäre doch wenigstens einige Erlöse gewesen für das ungeheure Unrecht, das dem arbeitenden Volke zugefügt wird durch das System der indirekten Besteuerung, das seine Lebenshaltung erschwert und verschlechtert und so die „Proletariatskrankheit“ grausam fördert.

Kein Geld, kein Geld, wenn es gilt, fürstlicher Unheil zu überwinden, das einer verheerenden Gesellschaftsordnung entspricht, das eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaft ist. Wenn die Tuberkulose so geartet wäre, daß sie wie Pest und Cholera auch die Mitglieder der herrschenden Klassen schonungslos ergreift, so würde sicherlich längst mehr zu ihrer Bekämpfung geschehen sein. Aber sie ist ja die Elends-Seuche, die Krankheit des arbeitenden Volkes, gegen die die herrschenden Klassen sich schülen können. Als im Mittelalter der „schwarze Tod“, die Pest, die Bevölkerung der Städte niederwürgte ohne Ansehen der Person, Arm wie Reich, Hoch wie Niedrig — da warfen die Reichen in Furcht und Verzweiflung wohl ihre Schätze über die Klostermauern zur Verteilung unter die Armen, um „Gott zu versöhnen“ und von ihm Rettung vor dem fürchterlichen Würger zu erlangen. Wie so ganz anders ist heute das Verhalten der Reichen der Tuberkulose gegenüber. Würgen die Armen und Elenden von ihr hingerafft werden — das bringt, internalen ihrer ja mehr als zwiefel da sind, die herrschende Klasse nicht in Aufregung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, überlassen sie es der Wissenschaft, gegen die Krankheit zu lehren, und dem Erntessen der Regierungen sowie der Kranken- und Invaliditätsversicherung, etwas praktisch zu wirken. Damit ist ihr Gewissen beruhigt. Geld darf man dafür von ihnen nicht fordern. Sie würden selbst über die Ausführung der Vorarbeiten des Professors Veris murren, wie sie in Frankreich über die Theater- und Konzertssteuer gemurt haben. Wenn Regierung und Gesetzgebung sich in diesem Punkt nicht

frei machen von dem lähmenden Einfluß der herrschenden Klassen, wenn sie nicht energig in Verbindung mit einer weisen Wirtschaft- und Sozialpolitik und unter Gewährung der nötigen Mittel, heraus-tretend aus dem Bannkreis der Klassenstaatlichen Mißere, der Wissenschaft und der Lehre der Tatsachen folgen, sich der Tuberkulosebekämpfung hingeben — so wird die Volkspeste dem Klassenstaate bleiben bis zu seinem Ende.

Die Revolution in Rußland.

Weder Versprechungen noch Drohungen vermögen die russischen Revolutionäre zum Aufgeben des Kampfes zu bringen. Ein am Sonnabend in Petersburg veröffentlichtes

Manifest der Revolutionäre bringt die bereits bekannte Aufforderung, keine Steuern mehr zu bezahlen, und schildert die Lage Rußlands folgendermaßen: „Die Regierung steht am Rande des Verderbens. Sie hat das Land in einen Krimmerbau verwandelt und mit Leiden befüllt. Die erschöpften und verhungerten Bauern sind nicht im Stande, die Steuern zu entrichten. Mit den Mitteln des Volkes hat die Regierung den Grundbesitz Kredit eröffnet und weigert sich, was sie mit den verpfändeten Gütern anfangen soll. Mit Anleihen vom Ausland baute sie Bahnen, Kriegsschiffe und Gefährten und schaffte Waffen an. Jetzt, wo diese Quelle verstockt ist und es an Weltmitteln der Krone fehlt, stellen die Banken den Betrieb ein. Ein Bankrott folgt dem anderen. Die Banken stehen vor dem Bruch. Die Handelsumsätze sind bis auf äußerste Beschränkung. Der Kampf der Regierung mit der Revolution ruft eine ununterbrochene Gärung hervor. Niemand vertraut mehr auf den morgigen Tag. Das ausländische Kapital flieht ins Ausland zurück, auch rein russisches Kapital geht dorthin. Reiche Leute verkaufen ihr Eigentum und ziehen ins Ausland. Längst hat die Regierung die Einnahmen für die Armee und die Flotte vermindert. Schulen gibt es nicht, die Wege sind vernachlässigt. Dem ungeachtet fehlt es an Mitteln zum Unterhalt der Soldaten. Der Krieg führte Niederlagen herbei, zum Teil weil es an kriegsfähigen Kriegsvornehmten fehlte. Im ganzen Lande sieht die hungernde Armut auf, der Eisenbahnbetrieb ist in Unordnung, die Bahnen der Bauern sind von der Regierung geleert. Die Regierung plünderte die Sparkassen und benutzte die Einlagen zur Unterstüßung von Privatbanken und oft ganz hollenden Industrieunternehmungen. Der Geldmarkt der Staatsbank ist unbedeutend im Vergleich zu den Forderungen der Staatsanleihen und den Handelsumjagen. Ohne Kontrolle nimmt die Regierung Anleihen auf, die die Zahlungsmittel des Landes überfluteten. Mit neuen Anleihen gab sie die Zinsen der alten. Jahr für Jahr stellt sie sich auf ein neues Spiel auf. Die finanzielle Verwirrung wird nur nach dem Sturz der Selbstherrschaft aufzuklären sein. Die konstituierende Versammlung wird sich eingehend mit der Untersuchung der Finanzlage beschäftigen müssen.“

Wie richtig die Situation geschildert ist, erhellt schon aus der Tatsache, daß allein das Petersburger Bagatel seit den Oktober-Unruhen bis Mitte Dezember 65 000 Auslandsopasse aufgestellt hat. Außerdem lieferten laut amtlichen Angaben etwa 11 000 Personen nach Finland über.

Die am 17. Dezember in Moskau erschienene Nummer 8 der „Achtung! des Arbeiterdeputiertenrates“ drohte den Kaiserlichen Blättern an, falls sie nicht das Manifest der revolutionären Partei abdrucken, werde ihnen das Erscheinen unmöglich gemacht werden.

Der Petersburger Rat der Arbeiterdeputierten hat seine Funktionen trotz Verhaftung einiger Mitglieder und des Rücktritts von drei bis jetzt noch vor aus und bildet eine Art Revolutionsregierung. Der Verband der Ingenieure hat an den Vorständen folgenden offenen Brief gerichtet: „Genosse Schuchalew! An den Hause der Arbeiter der Arbeiter. Die Arbeiter, die die Augenblicke der Wacht noch in Händen haben, den wirklich erwählten, vom Vertrauen getragenen Volksvertreter verabschiedet, hat sich freudig gegen die vom Volk erkämpften Rechte gewandt. Allein je freier der Verstand der Regierungserzogenen sind, um so früher müssen alle aktiven Kräfte des Volkes betreten. Die täglichen Beträuern des Volkes bewachte Regierung läßt ihren Vorn auf einzelne Vertreter fallen. Sie hofft nach, auf diesem Wege die große revolutionäre Bewegung aufzuhalten. Um so entschiedener betonen wir unsere Gemeinbürgerschaft mit dem Rat der Arbeiterdeputierten, dem Sie, Genosse, so fruchtbringend und sich selbst verlegenden gedient haben.“

Chru Pawlow, der verhaftete Präsident des Rates, kam aus Kiew nach Rußland. Als der Sohn eines unbemittelten Adligen zu Petersburg (Poltawa) geboren, hatte er nicht die Möglichkeit, einen regulären Schulunterricht zu genießen. Er bereitete sich aber, teils autodidaktisch, teils mit Hilfe von Studenten, zu den oberen Gymnasialklassen vor und bestand im Alter von 15 Jahren die Prüfung für die höchste Klasse des Gymnasiums zu Lubin. Dann bezog er die Petersburger Universität, wo er sich leidenschaftlich der Politik hingab. Vor vier Jahren vollendete er das juristische Studium, wurde Rechtsanwaltsgehilfe, arbeitete aber gleichzeitig als Lehrer in einer Deutscher. Die Arbeiter, denen er als Lehrer ausgehört wurde, fanden ihn zu Beginn der Bewegung als einen ihrer Vertreter in die Schiedsrichterliche Kommission. Mit Hilfe einiger Rechtsanwälte, Journalisten und Arbeiter bildete er dann, als die Schiedsrichterliche Kommission ihr Ende gefunden hatte, den Rat der Arbeiterdeputierten. Jetzt ist er in der Petersburger Sitzung in strenger Haft.

Kriegszustand.

Im Gouvernment Sumalki wurde über die Kreise Wladislawow, Mariampol, Wolkowyski und Kolwari der Kriegszustand verhängt.

Die Angst vor Militärkosten veranlaßt die Regierung jetzt zum Versprechen, die elende Verpflegung und Bekleidung der Truppen etwas zu bessern. Ein Tagesbefehl vom Militärressort gibt bekannt, daß ein fälschlicher Befehl vom 19. Dezember eine bessere Verpflegung und Bekleidung